

# Färöer und Island

Gedanken vor, während und nach einer eindrucksvollen Reise

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

(Übersicht und Einleitung Text 105.0)

Text 105.2.4

## *Das Programm der Freiheit*

1952

Auszüge:

Inhaltsangabe,

Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung,

Telegramm von Ludwig Erhard,

Schlußwort von Otto Lautenbach

ERNST WINKLER · FRANZ BOHM · FRITZ HELLWIG  
WOLFGANG FRICKHOFFER · GEORG STRICKRODT  
OTTO LAUTENBACH

**DAS  
PROGRAMM  
DER  
FREIHEIT**

Wortlaut der Vorträge, die auf dem  
Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952  
in Heidelberg gehalten wurden

VITA-VERLAG BAD NAUHEIM

---

*Thesen*

*Erhard*

*Lautenbach*

## INHALT:

<b>Begrüßung</b>	
Paul Diehl . . . . .	7
<b>Grundriß einer sozialen Marktwirtschaft</b>	
Ernst Winkler . . . . .	11
<b>Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung</b>	
Franz Böhm . . . . .	23
<b>Marktwirtschaft und Mitbestimmungsrecht</b>	
Fritz Hellwig . . . . .	57
<b>Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform</b>	
Otto Lautenbach . . . . .	79
<b>Überwindung der Wohnungszwangswirtschaft</b>	
Wolfgang Frickhöffer . . . . .	95
<b>Organische Steuerreform</b>	
Georg Strickrodt . . . . .	117
<b>Erste Diskussion . . . . .</b>	149
<b>Die politische Verwirklichung</b>	
Otto Lautenbach . . . . .	153
<b>Zweite Diskussion . . . . .</b>	169
<b>Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung . . .</b>	173
<b>Schlußwort</b>	
Otto Lautenbach . . . . .	177

## THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORNDUNG

**D**ie Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessentengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

*Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung.*

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die  *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen

ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. — Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen*. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

#### VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitzende: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolfshütte, Niederscheid, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Deitzsch) e. V., Wiesbaden. — Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

#### BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Gräfelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl, Bankkaufmann, Göttingen; Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. H. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard* hat in einem Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineinragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend einladen.

## SCHLUSSWORT

Otto Lautenbach

**M**eine Damen und Herren, zum Schluß will ich noch auf die dankenswerter Weise in der Diskussion aufgeworfenen Fragen kurz eingehen. Herr Vockrodt befindet sich im Irrtum, wenn er die Mindestreserven als gehortetes Geld bezeichnet. Die Kreditinstitute müssen im Landeszentralbanksystem Mindestreserven unterhalten, deren Höhe die Bank Deutscher Länder bestimmt. Sie werden als Guthaben unterhalten. Sie sind nicht gehortetes Geld, sondern bestenfalls *mögliches* Geld, wenn die Bank Deutscher Länder die Mindestreservesätze ermäßigt und ein entsprechender Teil dieser Guthaben wieder abgezogen werden kann. Die Bank Deutscher Länder glaubt, in den Mindestreserven ein Steuerungsmittel zu haben. Ich vertrete die Auffassung, daß die aus dem amerikanischen Notenbanksystem übernommenen Vorschriften von Mindestreserven für die Währungspolitik entbehrlich sind, weil es den Banken überlassen werden kann, welche Liquiditätsreserven sie halten wollen und müssen. Die Banken werden ihre Liquiditätsreserven je nach den individuellen Bedürfnissen ihres Betriebes bestimmen und auf das Maß zurückschrauben, das ihre Rentabilität und ihre Liquidität erfordert.

Eine Finanzierung der Investitionshilfe durch die Bank Deutscher Länder erscheint mir nicht unbedenklich, auch wenn es sich nur um einen scheinbar geringen Betrag von 80 bis 90 Mio D-Mark im Monat handelt. Zu den bestehenden Beanspruchungen der Bank Deutscher Länder käme also eine neue, welche die Manövrierfähigkeit der Notenbank weiterhin einengen würde. Das Prinzip, die Notenbank grundsätzlich aus allen langfristigen Geschäften herauszuhalten, muß durchgehalten werden, wenn die Notenbank ihre währungspolitische Pflicht, den Geldwert zu stabilisieren, erfüllen soll.

Größere Bargeldhorte befinden sich vermutlich in der Ostzone, weil eine große Zahl unserer Landsleute dort sich mit dem Gedanken trägt, eines Tages zu flüchten oder flüchten zu müssen. So verschaffen sie sich rechtzeitig möglichst große Beträge in Westmark. Den übrigen Horten im einzelnen nachzugehen, ist unmöglich. Jedoch läßt sich leicht feststellen, wann allgemeine Hortungstendenzen in der Wirtschaft auftreten, weil davon der gesamte Wirtschaftsverlauf beeinträchtigt wird. Die Hortung hat die verschiedensten Gründe: 1948/49 waren ansehnliche Beträge in Horten verschwunden aus Angst vor dem Finanzamt; diese Horten stammten aus Verkäufen von Waren, die am 20. Juni 1948 nicht in den Geschäftsbüchern aufgeführt waren. Die Hortung aus diesen Gründen dürfte heute überwunden sein. Hortungstendenzen werden aber immer dann auftauchen, wenn in der breiten Öffentlichkeit sinkende Preise in der Zukunft erwartet werden.

Frau Dr. von Plotho hat nach der Politik der Gewerkschaften in anderen Ländern gefragt. Ich möchte vorausschicken, daß ein Betriebsverfassungsgesetz, wie es der Bundestag angenommen hat, in keinem Land verwirklicht ist; trotzdem werden von gewerkschaftlicher Seite weitere Ansprüche gestellt, die die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Unternehmer praktisch beseitigen sollen. Die amerikanischen Gewerkschaften z. B. sind zwar auch nicht bescheiden in ihren Ansprüchen, aber in einem entscheidenden Punkt unterscheiden sie sich von den deutschen Gewerkschaften. Ein amerikanischer Gewerkschaftsführer wird auf das strikteste den Vorschlag ablehnen, den Gewerkschaften ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zu übertragen. Die amerikanischen Gewerkschaften wissen, daß, wenn sie wirtschaftlich in den Betrieben mitbestimmen, sie sich der Macht begeben, die Interessen der bei ihnen organisierten Arbeiter und Angestellten zu vertreten, die ja gegen oder in Vereinbarung mit der Betriebsleitung durchgefochten werden müssen. Ferner ist noch zu wenig bekannt, daß in den USA die entschiedensten Vertreter des unbehinderten Wettbewerbs die Gewerkschaften sind, die mit Argusaugen darüber wachen, daß der Wettbewerb nicht verfälscht wird. Sie wissen und betonen das immer wieder, daß der freie Wettbewerb die höchsten Löhne und die besten Arbeitsbedingungen ermöglicht. Sie entwickeln andere Methoden, die vielleicht auch nicht vollkommen in die Linie einer freiheitlichen Ordnung passen, aber sie verzichten darauf, in der Betriebsleitung selbst Machtpositionen zu erringen. Sie verstehen es aber

sehr gut, Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten. So haben die amerikanischen Gewerkschaften z. B. bei General Motors ein Abkommen durchgesetzt, nach dem die Löhne bei eintretenden Preissteigerungen automatisch miterhöht werden müssen. Neben diesen Indexlöhnen sieht der Vertrag weiter vor, daß alljährlich zum Grundlohn ein Zuschlag von 2 v. H. gewährt wird, der ungefähr der Steigerung der Produktivitätsrate entspricht. Der Vertrag ist auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen, und beide Partner haben sich verpflichtet, während dieser Zeit den Arbeitsfrieden zu wahren. Es werden also in diesen 5 Jahren keine Reibungsverluste für beide Teile entstehen.

Als die gleichen Probleme in den Tarifverhandlungen in Limburg auftauchten, haben sich die deutschen Gewerkschaften dagegen gewehrt, eine Indexklausel in den Vertrag aufzunehmen. Sie haben dagegen vereinbart, daß neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen und der Preisstand sich ändern. Unverkennbar ist hier das Bestreben, möglichst oft und viel zu verhandeln, während die amerikanischen Kollegen bestrebt waren, auf die Frist von 5 Jahren den Arbeitsfrieden herzustellen mit Mitteln, die den Interessen der Arbeiter gerecht werden. Dieses Beispiel zeigt, wie es den deutschen Gewerkschaften immer noch in erster Linie darauf ankommt, Funktionärsmacht zu erringen, statt die Interessen von Arbeitern und Angestellten innerhalb einer freien Ordnung wirksam zu vertreten.

Herr Direktor Wildeshaus hat dankenswerter Weise die Frage aufgeworfen, was wir tun können, um das, was hier in den Vorträgen und im Programm der Freiheit niedergelegt ist, in die breiteste Öffentlichkeit zu tragen. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, möglichst schon im Januar 1953, eine *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* zu gründen, der die Aufgabe übertragen werden soll, das Programm der Freiheit allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Es sind verschiedene Mittel vorgesehen: 1. Bedienung der Presse, wofür schon Vorbereitungen getroffen sind. 2. Tagungen und Vorträge mit dem Charakter von Volksversammlungen. 3. Herstellung und Verteilung von Flugblättern, die dem Mann auf der Straße sagen, was die Soziale Marktwirtschaft für ihn sein kann.

Wir müssen der Öffentlichkeit klar machen, daß die soziale Marktwirtschaft die Wirtschaftsordnung des Verbrauchers, die Wirtschaftsordnung der Hausfrau, die Wirtschaftsordnung des

kleinen Mannes ist. Daß in ihr der Wohlstand den höchst möglichen Grad erreicht und vor allem seine persönliche Freiheit garantiert ist. Wir glauben, vom Freiwirtschaftsbund aus diese Aufgabe besonders gut leisten zu können, weil unser Programm sachlich gut fundiert ist und sich in unseren Reihen Arbeiter, Angestellte, Geschäftsleute, Beamte und Unternehmer zusammen geschlossen haben, die nicht aus irgend welchen Gruppeninteressen heraus, sondern aus innerer Überzeugung sich für die soziale Marktwirtschaft einsetzen, weil sie erkannt haben, daß die Freiheit des Menschen nur in einer freien Wirtschaftsordnung gewahrt bleiben kann. Das moralische Kapital, das hier vorhanden ist, wollen wir mit unseren Kräften mobilisieren. Es handelt sich dabei weniger um reine Propaganda im üblichen Sinne, denn Propaganda, die nicht auf echter Überzeugung und auf festen geistigen Grundlagen beruht, wird nie eine Wirkung auf die Dauer erzielen können. Wir wollen hinausgehen und uns mit Freunden und Gegnern der sozialen Marktwirtschaft auseinandersetzen, um in den kommenden Entscheidungen das Prinzip der Freiheit in Wirtschaft und Politik durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen allen nochmals für Ihr Erscheinen und Ihre Mitarbeit und hoffe, daß recht viele von Ihnen sich an unserer zukünftigen Arbeit beteiligen werden. Das Maß unserer Aktivität hängt von den Mitteln und Kräften ab, die sich für die Sache der Freiheit einsetzen. Hoffen wir, daß sie ebenso stark vertreten werden kann wie heute die andere Seite am Werk ist. Auf Wiedersehen!